

Gesund im Winter

Zu: „Das Corona-Paradoxon“, FR-Politik vom 18. Oktober

Was ist eigentlich so schwer daran zu begreifen, dass eine Maske in Zeiten einer Pandemie hilft? Sie schützt – nur nebenbei bemerkt – nicht nur gegen Corona-Viren. Sie schützt auch gegen andere Virusinfektionen, die durch die Atemluft übertragen werden. Sie schützt mich und sie schützt – das ist besonders wichtig – andere Menschen. Welche Freiheit nimmt sie mir eigentlich? Ich kann frei atmen, frei reden, frei sehen, niemand hindert mich daran zu reisen, zu shoppen, ins Kino und Theater zu gehen. Einzig das Gefühl „Mir wird etwas vorgeschrieben!“ mag einschränkend sein. Das galt nicht für Kanzler, Vizekanzler und den begleitenden Journalistentross auf dem Flug nach Kanada. Sie sind PCR-getestet. Aber Bilder sagen mehr als 1000 Worte. Und diese Bildsignale zeugten von Bürgerferne und Ignoranz. Klassisch: Wasser predigen und selbst Sekt schlürfen.

Selbst der FDP-Justizminister mahnt, das Virus sei noch nicht weg. Hoffentlich erinnern sich Kanzler, Vizekanzler, Minister, Journalistentross und wir alle uns und halten uns im Flieger, in der Bahn und im Bus ausnahmslos klug an die Maskenpflicht und kommen gesund – wenn vielleicht auch fröstelnd – durch Herbst und Winter.

Bertram Münzer, Gütersloh



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20221025

Täuschen und tarnen

AfD-Stiftung: „Fatales Versäumnis“, FR-Meinung vom 26. Oktober

Staatliche Förderung für rechte Ideenschmieden

Die Tatsache, dass sich die rechtsradikale AfD auf den Weg macht, mit ihrer Stiftung Geld, sehr viel Geld für ihre verfassungsfeindlichen Aktionen abzusahnen, bedeutet in der Tat das Ausnutzen von Geldern, die für parteinahe Stiftungen vorgesehen sind, für ihre schmutzige Demagogie.

Leider ist es richtig, dass die demokratischen Parteien schon zu einem relativ frühen Zeitpunkt die Finanzierung der parteinahen Stiftungen in einem gesonderten Gesetz hätten regeln können. Der jetzige Versuch, das Verfassungsgericht anzurufen und damit erreichen zu wollen, dass staatliche Gelder für eine rechte Ideenschmiede missbraucht werden können, ist eine typisch braune Dreistigkeit, die von den Richtern in den roten Roben hoffentlich und mit großer Wahrscheinlichkeit durchschaut werden wird. Wenn das Bundesverfassungsgericht der AfD Recht geben würde, dann wäre das in der Tat der Freibrief für die braunen Antidemokraten, Propaganda gegen diesen Staat mit dessen eigenen Mitteln zu machen. Allein die Tatsache, dass Erika Steinbach den Vorsitz der Stiftung innehat, die offen rechtsextremistische Flügel-Positionen vertritt, zeigt deutlich, dass die Erasmus-Stiftung und die AfD einen Gene-

ralangriff auf diese Demokratie planen. Täuschen und tarnen ist hierbei das Motto der rechten Demokratiefeinde. Bei der Vergabe von Staatsgeld für die umstrittene Stiftung muss die dritte Gewalt, in diesem Fall das Verfassungsgericht, wissen, dass jeder Cent, der in die Hände der Erasmus-Stiftung fließen würde, gegen die Demokratie, also auch die Gewaltenteilung selbst gerichtet wäre.

Manfred Kirsch, Neuwied

Ein Bären dienst an der Demokratie

Nach etwa hundert Jahren ist es fast immer noch so, wie Joseph Goebbels schon 1928 sagte:

„Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahm zu legen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freikarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache. Wir zerbrechen uns darüber nicht den Kopf. Uns ist jedes gesetzliche Mittel recht, den Zustand von heute zu revolutionieren.“

Deshalb will die AfD eine Stiftung. Man sollte eigentlich annehmen, dass die Demokratie denen nicht zum zweiten Mal einen Bären dienst erweist.

Thomas Klikauer, Sydney (AUS)

Überholte Ansichten

Klimawandel: „Wenn das Wasser steigt und steigt“, FR vom 5. Oktober

Einige Äußerungen der Kommunalpolitik machen deutlich, wie wenig Beachtung die dringende Klimatransformation in der kommunalen Politikerkaste findet. Wir haben das dichteste Straßennetz Europas; doch ein Herr Naas von der FDP, der gerne hessischer Wirtschaftsminister werden möchte, kritisiert als eine der wichtigsten Verfehlungen unserer derzeitigen Landesregierung, in ihrer Zeit nicht einen Kilometer neue Straßen gebaut zu haben. Der vor Jahrzehnten aufgestellte Ausbau der Autobahnen wird inzwischen nicht nur von den Fachleuten als überholt bezeichnet. Und doch werden die Grünen in Frankfurt von den eigenen Mitgliedern hart kritisiert, weil sie Riederwaldtunnel und die immer weitere Verbreiterung der A5 ablehnen.

Ich habe übrigens schon vor fünf Jahren gegen die nochmalige Verbreiterung der A5 einen formellen Einspruch eingelegt. Und das Bad Homburger Parlament beschließt, 180.000 Quadratmeter guten Ackerbodens als Gewerbegebiet auszuweisen. Einzige Begründung: mehr Gewerbesteuer. Das halten nicht nur Naturschutz-, Wald- und Klimaschutzorganisationen, sondern auch viele umweltbewusste Bürger für klimaschädlich.

Hans-Jürgen Gratz, Friedrichsdorf

HP_0LES02FRDA - B_180334

